

Gemeinderat von Zürich

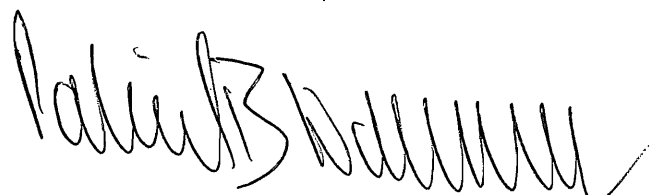
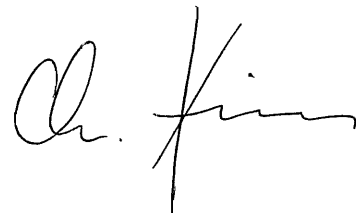
6. Dezember 2010

Postulatvon Christoph Spiess (SD)
und Patrick Blöchlinger (SD)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ab 2012 die Gesamtstellenzahl bei der städtischen Verwaltung und den Gemeindebetrieben auf längere Sicht stabilisiert werden kann.

Begründung:

Die Gesamtzahl der Stellenwerte nimmt seit vielen Jahren ständig zu, so auch im Budgetjahr 2011 wieder um fast 400. Wenn diese Entwicklung nicht gebremst wird, droht dem städtischen Finanzhaushalt eine strukturell bedingte Ausgabenüberlastung, die kaum mehr zu beseitigen ist. Die andauernde Stellenvermehrung führt nicht nur zu einer entsprechenden Erhöhung des Personalaufwandes, sondern auch zu enormen zusätzlichen Infrastrukturkosten (Büros, IT-Ausrüstung etc.). Zwar leuchtet ein, dass vom übergeordneten Recht vorgegebene neue Aufgaben, sinnvolle Verbesserungen beim öffentlichen Verkehr etc. die Schaffung neuer Stellen mitunter unvermeidlich machen. Auch ist selbstverständlich, dass die Stadt Zürich ihre soziale Verantwortung gegenüber dem Personal wahrnehmen und bestehende Stellen nur im Rahmen der normalen Fluktuation (Pensionierungen, Kündigungen seitens der ArbeitnehmerInnen, Wechsel auf andere Stellen innerhalb der Verwaltung etc.) aufheben soll. Wenn aber stets auch die bestehenden Verwaltungstätigkeiten auf ihre Notwendigkeit und auf mögliche Vereinfachungen hin überprüft werden, sollte es trotzdem möglich sein, das Stellenwachstum zumindest deutlich abzubremesen.



Gemeinderat von Zürich

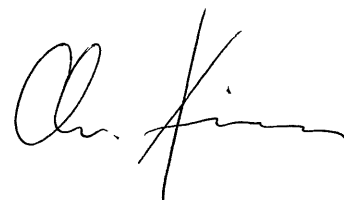
6. Dezember 2010

Postulatvon Patrick Blöchlinger (SD)
und Christoph Spiess (SD)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ab 2012 die IT-Ausgaben auf längere Sicht stabilisiert werden können

Begründung:

Computer sind aus der modernen Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken. Auch der Einsatz der Informatik soll aber auf eine wirtschaftlich vernünftige Weise erfolgen. Nachdem mittlerweile Computer fast überall eingesetzt werden, wo dies überhaupt möglich ist, müsste man meinen, dass das Wachstum der Informatik-Ausgaben abflachen und die allgemeine Teuerung nicht mehr wesentlich übersteigen sollte. IT-Abteilungen haben indessen überall auf der Welt die Neigung, sich aufzublähen und immer neue, noch aufwendigere Datenverarbeitungssysteme und damit oft Sachzwänge für weitere, noch teurere Projekte zu schaffen. So läuft es offensichtlich auch bei der Stadt Zürich. Belief sich der Aufwand für "Organisation und Informatik" in der Rechnung 2009 noch auf 98,68 Mio. Franken, wurden für 2010 schon 144,25 Mio. Franken budgetiert und sollen gemäss Voranschlag im Jahr 2011 164,72 Mio. Franken aufgewendet werden. Ob dieses enorme Wachstum der IT-Kosten anderswo zu entsprechenden Einsparungen führt, erscheint als fraglich, nimmt doch der reale (teuerungsbereinigte) Personal- und Sachaufwand trotzdem fast überall in der Stadtverwaltung weiterhin ständig zu. Unter diesen Umständen drängt es sich auf, den (auch anhand der Differenzbegründungen im Budget erkennbaren) Wildwuchs von IT-Projekten einzudämmen und so die Informatik-Kosten zu stabilisieren.



Gemeinderat von Zürich

24.11.10

Postulatvon Martin Abele (Grüne)
und Ueli Nagel (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf welchen kommunalen Strassen in der Stadt Zürich der reduzierte Winterdienst eingeführt werden kann. Dies soll ohne zusätzlichen Einsatz von Splitt geschehen

Begründung:

In den letzten Jahren ist die so genannte Schwarzräumung zum Standard bei jedem Schneefall in der Stadt Zürich geworden. Diese fällt dermassen gründlich aus, dass auch in Quartierstrassen in der Regel schon nach 1-2 Tagen der Schnee wieder von den Strassen verschwunden ist. Ein solch exzessiver Winterdienst ist unverhältnismässig.

Der Salzeinsatz zum Auftauen von Schnee und Eis im Winter stellt erwiesenermassen eine ökologische Belastung dar; so sind in der Stadt Zürich vielerorts Salzschäden an Strassenbäumen sichtbar. Der Einsatz von Streusalz soll deshalb so gering wie nur irgend möglich gehalten und auf die viel befahrenen überkommunalen Strassen und die von den öffentlichen Verkehrsbetrieben befahrenen Strassenabschnitte beschränkt werden.

Auf den übrigen (Quartier-) Strassen und –Wegen darf man gerne merken, dass auch in der Stadt Zürich ab und zu der Winter Einzug hält. Die Stadtreinigung kann sich dann in den Wohnquartieren darauf konzentrieren, bei grossen Schneemengen mittels Schneeräumung die Fahrbahnen und Gehwege benutzbar zu halten und allfällige lokale Eisbildungen zu eliminieren.

Antrag auf Behandlung mit dem Voranschlag 2011.



Handwritten signatures of Martin Abele and Ueli Nagel.

Gemeinderat von Zürich

6. Dezember 2010

Postulatvon Patrick Blöchliger (SD)
und Christoph Spiess (SD)

Der Stadtrat wird gebeten, die möglichst baldige Beschränkung des Leistungsauftrags an die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) auf den eigentlichen Vollzug des Asylgesetzes zu prüfen.

Begründung:

Die Gemeinde wird mit der zwangsweisen Übernahme von Asylananten im Umfang von 0,5 % der Wohnbevölkerung bereits hinreichend belastet. Es genügt völlig, dass der Bund uns ein solches Asyl(un)wesen aufzwingt. Dieses wäre ja an sich schon überflüssig, weil es rund um die Schweiz weit und breit keine Staaten gibt, die irgend jemandem einen Anlass zur Flucht geben. Es ist nicht sinnvoll, unsere Stadt mit zusätzlichen Angeboten wie z.B. einem "Internetcafé für junge Schwarze" für kaum assimilierbare Zuwanderer aus völlig fremden Kulturkreisen noch attraktiver zu machen. Da die allermeisten Personen, die als Asylbewerber hierher kommen, bekanntermassen ohnehin keine politischen Flüchtlinge sind und der Anteil von Gesuchen, die letztlich gutgeheissen werden, dementsprechend gering ist, besteht bei dieser Personengruppe auch kein "besonderes Integrationsbedürfnis". Vordringlich wäre vielmehr, solche Zuwanderer mit absehbar befristetem Aufenthaltsrecht eben gerade nicht zu integrieren, sondern einzig ihre möglichst baldige Heimreise vorzubereiten und aktiv zu fördern.

